

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Konrad Gilges MdB konfrontiert den "Sozialfall" Barzel mit dem Schicksal von Sozialhilfeempfängern: Kalt-schnäuzige Politik.

Seite 1

Rudolf Müller MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag, schildert Reiseeindrücke aus einer Krisenregion: Gehen im Bayerischen Wald die Lichter aus?

Seite 3

Hedda Jungfer MdL mutmaßt über die Gründe von Strauß, Desmond Tutu nicht zu gratulieren: Der CSU-Chef und der Rassismus.

Seite 5

39. Jahrgang / 205

23. Oktober 1984

Barzel - ein "Sozialfall"?

Was den prominenten CDU-Politiker von Sozialhilfeempfängern unterscheidet

Von Konrad Gilges MdB

Der Vorgang ist unglaublich. Da schreibt der Drehbuchautor für Barzels Rückzug als CDU-Vorsitzender am 10. Mai 1973 laut "Süddeutscher Zeitung" an Helmut Kohl: "Was Herrn Dr. Barzel anbelangt, so habe ich meine Hilfe bei der Lösung der sozialen Frage in Aussicht gestellt. Es scheint Heini Köppler wie mir wichtig, zu vermeiden, daß Herr Dr. Barzel zu einem 'sozialen Fall' wird." Ein mit allen Bezügen ausgestatteter Abgeordneter wird da mit flinker Feder zum "sozialen Fall" erklärt und über Umwege erhält dieser, um nicht in tiefster Armut dahin zu vegetieren, 1,75 Millionen Mark.

Einem Sozialhilfeempfänger muß sich doch bei der "Affäre Barzel" vor Wut der Magen umdrehen. Denn was soll ein solcher Mensch mit 356,- DM bei der Lösung der "sozialen Frage" von Dr. Barzel denken? Alleine zwei Drittel der erfaßten rund 2,3 Millionen Arbeitslosen sind auf das Netz unter dem Netz, wie die Sozialhilfe genannt wird, angewiesen. Dieses Netzwerk wird von den Parteifreunden und Koalitionspartnern Dr. Barzels seit Monaten immer mehr durchlöchert und zerredet. Ganz nach dem Motto: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen."



Die Diskussion über die Anpassung der sogenannten Regelsätze der Sozialhilfe ist nur ein Beispiel dafür. Der Sozialhilfe-Warenkorb soll nämlich künftig nach Niedrigpreisen berechnet werden. Wie die Caritas zurecht betont, würden dann alleinstehende Frauen mit Kindern und ältere Frauen mit zu geringer Rente nicht mehr mit den Sozialhilfesätzen auskommen können.

Der Parteifreund von Dr. Barzel, der niedersächsische Ministerpräsident, Ernst Albrecht, schrieb im August 1983 nieder: "Unser soziales System ist teuer und unwirtschaftlich. Es liegt wie eine Zentnerlast auf den Schultern der Wirtschaft." Der 1,75 Millionen-Beitrag zur Lösung eines "sozialen Falles" macht nach Ernst Albrecht nicht die "Zentnerlast auf den Schultern der Wirtschaft" aus. Vielmehr plagte ihn unter anderem der Warenkorb der Sozialhilfeempfänger, der in seinem Ernährungsteil unter anderem enthält: 5.905 g Brot, 640 g Mehl, 6.100 g Kartoffeln, 1.170 g Zucker, 1.095 g Fleisch, 1 Suppenhuhn, 595 g Fisch, 15 Eier pro Monat.

Mit welcher Kaltschnäuzigkeit Unions-Politiker die "soziale Frage" angehen, ist nicht mehr zu überbieten. Da muß man gar nicht mehr auf die Vorschläge des früheren Wirtschaftsministers eingehen, der der FDP noch drastischere Einschnitte in die Sozialhilfe ins Programm schreiben wollte. Die Bürger, die immer stärker unter der verbreiteten Armut leiden müssen, haben von dieser Regelung nichts zu erwarten. Wer seinen Parteivorsitzenden mit Wirtschaftsgeldern quitt werden will, der kann kein Auge mehr für die sozial Benachteiligten in dieser, unserer Republik haben.

(-/23.10.1984/ks/rs)

+ + +



Gehen im Bayerischen Wald die Lichter aus?

Eindrücke einer Reise in eine Krisenregion

Von Rudolf Müller MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten im Deutschen Bundestag

Es gibt Regionen in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht nur vom Waldsterben, sondern auch vom Bauernsterben bedroht sind. Eine solche Region ist der Bayerische Wald, den vor wenigen Tagen Mitglieder der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der SPD-Bundestagsfraktion besucht haben. Der Wald und die Milch sind die wirtschaftlichen Standbeine im Bayerischen Wald. Beiden drohen schlimme Gefahren, die das Überleben einer ganzen Region in Frage stellen. An der Erhaltung des Waldes hängen die Existenz der Forstwirtschaft und des Fremdenverkehrs. An der Weiterbewirtschaftung der Wiesen und Weiden und der Aufrechterhaltung der Milcherzeugung hängt die Existenz Tausender landwirtschaftlicher Betriebe. Die Hälfte aller Milchbauern, so das Urteil von betroffenen Bauern und Verbandsfunktionären, werden die von Kiechle verordnete Milchkontingentierung in dieser Region nicht überstehen. Hier drohen soziales Elend und noch nicht absehbare Gefahren für die Erhaltung von Natur und Landschaft.

Die Menschen im Bayerischen Wald verstehen die Welt und die Bonner Politik nicht mehr. Sie sehen den Wald vor der eigenen Haustür sterben und wollen nicht glauben, daß in Bonn lamentiert, aber nicht gehandelt wird. Hier erlebt man es hautnah, wie schnell die Regierung Kohl ihren Kredit in der Umweltpolitik verspielt hat.

Auch in der Landwirtschaftspolitik ist das Vertrauen in die Regierungskünste des Bundeskanzlers und seines Landwirtschaftsministers dahin. Kaum ein Gebiet in der Bundesrepublik ist von der Milchkontingentierung so schwer betroffen wie der Bayerische Wald. Hier, wo es fast nur Kleinbetriebe auf natürlichen Grünlandstandorten gibt, wirken sich Milchquoten, hohe Strafabgaben und bürokratische Gängelei besonders fatal aus. Viele der betroffenen Bauern sind verbittert und reagieren mit Resignation. Sie haben nur ein müdes Lächeln dafür übrig, wenn die Regierung Kohl jetzt Hilfen für Klein- und Mittelbetriebe verspricht.



In unseren Gesprächen mit Bauern und Verbandsvertretern ging es immer wieder um die Frage, wie kann schnell und wirksam geholfen werden. Unter dem Eindruck unserer Bereisung kommen wir zu Kiechles Milchkontingentierung zu dem Ergebnis, daß in Gebieten wie dem Bayerischen Land großzügiger verfahren werden muß. Bis 60.000 kg Milch sollten keine Abgaben erhoben werden. Anträge auf Härtefälle dürfen nicht wie bisher auf kaltem bürokratischen Wege abgebügelt werden. Der Staat hat kein Recht, Tausenden von Bauern von heute auf morgen die Existenzgrundlage zu entziehen.

Wo Menschen am Rande des Existenzminimums leben, muß direkt geholfen werden. In der landwirtschaftlichen Sozialpolitik hat Kiechle vorhandene Möglichkeiten nicht genutzt. Dabei hätte eine sozial gerechtere Verteilung der Bundeszuschüsse von zwei Milliarden DM in der landwirtschaftlichen Altershilfe gerade den Bauern im Bayerischen Wald genützt. Jetzt werden sie von Kiechle vertröstet. Das hilft keinem Bauern, der heute in Not ist.

Auch bei der Ausgleichszulage im Rahmen des Bergbauernprogramms wird mehr versprochen, als gehalten werden kann. Diese von der sozial-liberalen Bundesregierung eingeführte Ausgleichszulage hat gerade im Gebiet des Bayerischen Waldes segensreich gewirkt. Sie muß jetzt aufgestockt werden. Das will auch der Bundeslandwirtschaftsminister. Nur will er gleichzeitig die Gebiete ausdehnen, was nur auf Kosten der besonders benachteiligten Gebiete möglich ist. Hier wird wieder die Gießkanne hervorgeholt. Hier werden wiederum knappe Haushaltsmittel breit über das Land gegossen.

Die Bauern im Bayerischen Wald jedenfalls haben viel Verständnis für unsere Forderung: Gezielt helfen und gerecht umverteilen. Wir haben die Bundesregierung in der aktuellen Stunde zur Agrarpolitik an ihre Versäumnisse und an ihre einseitige, die umsatzstarken Betriebe begünstigende Umverteilungspolitik erinnert. Wir werden weiter darauf dringen, daß den einkommensschwachen Betrieben und den benachteiligten Gebieten vorrangig und in sozial vertretbarer Form geholfen wird.

(-/23.10.1984/ks/rs)

+ + +



FDr Bischof Tutu gab es keinen Strauß-Glückwunsch

Eine Mutmaßung über die Gründe des bayerischen Ministerpräsidenten, dem diesjährigen Friedens-Nobel-Preisträger nicht zu gratulieren

Von Hedda Jungfer MdL

Mitglied des Bayerischen Landtages

Die Verleihung des Friedens-Nobel-Preises an den schwarzen südafrikanischen Bischof Desmond Tutu hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß offenbar die Sprache verschlagen. Während er sonst unentwegt Glückwünsche und Kommentare in alle Welt hinausendet, war zur Ehrung des bischöflichen Apartheidgegners kein Wort zu vernehmen - im Gegensatz etwa zu Außenminister Genscher, SPD-Fraktionschef Vogel und Willy Brandt, die Glückwünsche schickten.

Das betretene Schweigen in der Staatskanzlei hat freilich verständliche Gründe. Was hätte Strauß auch sagen sollen? Etwa dieses: "Meine feste Überzeugung, daß sich die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Republik Südafrika und eine schwarze Mehrheitsregierung nach dem System, gleiches Stimmrecht für alle, nicht in Einklang bringen lassen, habe ich auch bei der Eröffnung des BMW-Werkes in Pretoria zum Ausdruck gebracht."

Dieser Satz, mit dem sich Strauß als Befürworter der südafrikanischen Apartheidpolitik ausweist, findet sich in einer Antwort zu einer Schriftlichen Anfrage im Bayerischen Landtag vom Februar dieses Jahres. Damals hatte ich mich erkundigt, ob Strauß tatsächlich, wie Zeitungen berichteten, im November letzten Jahres bei der Einweihung des BMW-Werks in Pretoria gesagt habe, "die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Landes und schwarze Mehrheitsregierung nach dem System gleiches Stimmrecht für alle lassen sich nicht in Einklang bringen".

Um dem - von Strauß damals erhobenen - Vorwurf einer sinnentstellenden Verkürzung zu entgehen, nachfolgend nochmals die wörtliche Begründung von Strauß in seiner Antwort:

"Nur Leute mit Vorurteilen, aber ohne Kenntnis der wirklichen Verhältnisse, können uneinsichtig Lösungen verlangen, die dazu führen müssen, daß die Republik Südafrika ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verliert, der Lebensstandard ihrer Bevölkerung, besonders der farbigen und schwarzen Bevölkerung drastisch absinkt und in den Nachbarländern Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Schwarzen hungern und verhungern würden. Wer die wirklichen Verhältnisse dort kennt, der kennt auch die Schwierigkeiten, die sich für die politische Zukunft dieses Landes und für seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus dem Nebeneinander unterschiedlicher Volksgruppen ergeben, die zum Teil ihrerseits wieder in Stämme gespalten sind. Diejenigen, die sich über diese Zusammenhänge hinwegsetzen und von heute auf morgen durch die Verwirklichung der Forderung 'one man - one vote -' eine 'black-Majority rule' für die Republik Südafrika schaffen wollen, handeln im Ergebnis menschenfeindlich und daher im hohem Maße unchristlich, weil sie weder der Gerechtigkeit, noch der Freiheit, sondern dem Chaos den Weg bahnen und die mühsam von allen Bevölkerungsgruppen, auch den Schwarzen, erworbenen zivilisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften in kurzer Zeit zerstören würden".

Und weiter im Text: "Ich lehne weißen Rassismus ebenso ab, wie schwarzen Rassismus. Selbstverständliches Ziel jeder demokratischen Ordnung muß es sein, die Gleichwertigkeit aller Menschen zu berücksichtigen und im staatlichen Leben zum Ausdruck zu bringen. Für die Republik Südafrika gilt, daß man nicht allein eine Formalgleichheit aufzwingen darf, die in kürzester Zeit zu mehr Unfreiheit, Unterdrückung und Ungleichheit führen würde, als je zuvor bestanden hat. Die Folge wäre eine trotzige und verhängnisvolle



Verweigerungshaltung der Weißen mit furchtbaren Folgen für die Betroffenen, statt der Einsicht in die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit und einer wachsenden Bereitschaft, versäumte Reformen zügig nachzuholen, begangene Fehler zu bereinigen und einen Wandel in Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit herbeizuführen."

Ich sehe in diesen Strauß-Zeilen ein Dokument des Spätrassismus und des Herrenmenschtums, von dem kaum vorstellbar, aber leider doch wahr ist, daß es von einem führenden Politiker eines demokratischen Landes stammt. Nach der Meinung von Strauß ist also der geehrte südafrikanische Bischof, der die Apartheidpolitik als "fundamental und von Natur aus schlecht, unmoralisch und absolut unvereinbar mit Gottes Wort" bezeichnet hat, dieser Bischof ist, folgt man den Ausführungen von Strauß, "menschenfeindlich" und "in hohem Maße unchristlich". Genau so, wie übrigens auch die katholischen südafrikanischen Bischöfe, auf deren Anregung letztes Jahr die katholische Fastenaktion "Misereor" kollekten für die unterdrückte schwarze Mehrheit in Südafrika durchführte.

Strauß bezichtigte damals "Misereor" der "Hetze und Agitation", weil die katholischen Bischöfe ungeschminkt die Not und das Elend der Schwarzen darstellten. Die Strauß-Kritik wurde von Joseph Kardinal Höffner, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, kühl zurückgewiesen: "Sowohl die Mitarbeiter von Misereor als auch die bischöflichen Mitglieder der zuständigen Kommission haben sich nicht erst jetzt mit Südafrika beschäftigt, und sie sind wiederholt längere Zeit im Lande gewesen." Er könne sich auch nicht vorstellen, "daß die südafrikanischen Bischöfe Vorstellungen über ihr Heimatland haben, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben", betonte Kardinal Höffner.

Die jetzige Friedensnobelpreisverleihung an Bischof Tutu signalisiert eine Absage der freien Welt an jede Rassendiskriminierung - eine Absage an unverbesserliche Apartheid-Verteidiger wie Strauß. Er scheint das selbst zu merken. Sein betretenes Schweigen spricht Bände. Wird Strauß auch zu den jüngsten Ereignissen in Südafrika schweigen?
(-/23.10.1984/ks/rs)

+ + +

Richtigstellung

Der SPD-Pressedienst veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 25. September 1984 unter der Überschrift "Kohl nimmt Ewiggestrige in Schutz - weiß der Kanzler nicht, wovon Czaja und Co. reden?" einen Artikel des SPD-Bundestagsabgeordneten Horst Sielaff, in dem unzutreffenderweise ein Zitat dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Schlesier, Dr. Herbert Hupka, persönlich zugeordnet wurde. Tatsächlich ist das Zitat, das Dr. Hupka als eine "Fälschung" weit von sich weist, im offiziellen Organ der Schlesischen Landsmannschaft, deren Vorsitzender Dr. Hupka ist, "Der Schlesier" (Ausgabe vom 25. Mai 1984) erschienen; jedoch nicht unter dessen Autorenzeile. Das Zitat hatte den Wortlaut: "Die illegale Fremdbesiedlung Ostdeutschlands stellt absolut kein Faktum dar, an dem nicht mehr gerüttelt werden dürfe. Eine Repatriierung der dort nach 1945 angesiedelten Menschen wäre beileibe keine 'zweite Vertreibung'. Es ist nicht unbillig, vom Unrechtsverursacher zu verlangen, die ihm durch die Wiederherstellung des Rechtszustandes entstehenden Härten in Kauf zu nehmen".

